

Vage Erinnerung an einen šgegelten Haarschopfõ ó die Affäre Ibiza hat in Frankreich nur wenig Eindruck hinterlassen / Sollte Strache aber auf sein EU-Mandat nicht verzichten, würde ine europaweite Welle der Empörung hochschwappen

Irgendetwas ist auch in Frankreich von der Affäre Ibiza hängen geblieben ó aber nicht viel. Wenn ich meinen, gerne politisierenden Pariser Zeitungshändler auf die abgelaufene Regierungskrise in Österreich anspreche, fragt er zurück: šGeht-s um den Burschen mit den hoch geföhnten, gegelten Haaren?õ Unklar bleibt, ob er dabei an Strache oder Kurz denkt.

Die Namens-Unterscheidung ist für Franzosen auch wirklich schwierig: šStracheõ ist wegen des šStõ-Lauts für die meisten unaussprechbar. šKurzõ und šKicklõ klingen nach französischem Empfinden zum Verwechseln ähnlich. Damit bewahrheitet sich bis zu einem gewissen Grad eine Prognose, die ein Politiker des šRassemblement nationalõ (die Partei von Marine Le Pen, die mit der FPÖ im EU-Parlament verbündet ist) schon knapp nach Ausbruch des Skandals in Wien geäußert hatte: šDie Sache mit Strache wird doch keine Hausfrau in irgend einem französischen Dorf davon abhalten, für uns zu stimmenõ.

Sollte freilich Heinz-Christian Strache die Unverschämtheit haben, nicht auf sein EU-Mandat zu verzichten, und doch noch ins EU-Parlament einziehen wollen, würde das wieder ein grelles Licht auf die Vorgänge in Österreich werfen und eine voraussichtlich immense, europaweite Welle der Empörung auslösen.

šKomische Patriotenõ

Völlig spurenlos ging aber auch der ursprüngliche šIbiza-Skandalõ an Frankreich nicht vorbei, er diente stellenweise als Themenvorgabe in der Kampagne für die EU-Wahlen. Die Affäre lieferte den Gegnern der Nationalisten in Frankreich Wahlkampf-Munition. Dass sich Strache derartig käuflich gegenüber einer vermeintlichen russischen Oligarchen-Nichte zeigte, gab wiederum den diesbezüglichen Vorwürfen gegen Marine Le Pen Auftrieb: die französische Nationalistin hatte erwiesenermaßen Finanzhilfe aus Russland bezogen und sich dem Putin-Regime als Fürsprecherin angedient. Präsident Macron höhnte: šDas sind schon sehr komische Patrioten, die sich von ausländischen Mächten einspannen lassen, um die EU zu zersetzen.õ

Die österreichische Affäre dürfte auch Spuren bei den šLes Républicainsõ (LR, die Schwesterpartei von CDU und ÖVP) hinterlassen haben: das Platzen der Koalition zwischen der ÖVP und der FPÖ in Wien bestärkte vermutlich jene LR-Politiker, die sich in keiner Weise auf eine Annäherung an das šRassemblement nationalõ von Le Pen einlassen wollen. Wobei das französische Wahlsystem, das relative in absolute Mehrheiten verwandelt, die Suche nach Koalitionspartnern sowieso nicht derartig zwingend vorschreibt wie etwa das österreichische oder deutsche Proportional-System.

Krise der Konservativen

Die LR, einst die bürgerliche Hauptkraft, erleben gerade eine innere Zerreißprobe, ein liberaler Flügel hat sich bereits losgesagt. Die LR sind die eigentlichen Verlierer der EU-Wahl, bei der sie auf ein Rekordtief von 8,5 Prozent absackten (Bei der EU-Wahl 2014 war ihre Vorgängerpartei, die UMP, noch auf 20 Prozent gekommen). Ihr Listenführer, Francois-Xavier Bellamy, erwies sich als Fehlbesetzung: ein verschroben wirkender Intellektueller aus den Reihen der konservativsten katholischen Kreise, dem unter anderem seine vormaligen Stellungnahmen gegen das Recht auf Abtreibung schaden. Mit Bellamy steht auch der derzeitige LR-Chef Laurent Wauquiez, wegen seines rechtslastigen Kurses unter massiven partei-internen Beschuss.

Viele bürgerliche Wähler, denen Bellamy nicht geheuer war, stimmten bei der EU-Wahl für die Pro-Macron-Liste. Ein weiterer, kleinerer Teil einstiger LR-Wähler, vor allem in Südfrankreich, liefen zum šRassemblement nationalö über.

DANNY LEDER, PARIS